Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 04/57. Jahrgang | April 2026 | Schutzgebühr: 0,40 €

Wir befinden uns im Dritten Weltkrieg, wir merken es nur nicht!

Am 28. Februar 2026 griff Israel unter Beteiligung der USA mit massiven Luftschlägen den Iran an.

Jegliche völkerrechtliche Legitimation fehlt und die fadenscheinigen Begründungen für den Krieg grenzen ans Lächerliche.

Wenige Stunden vor dem Angriff hatte der Außenminister von Oman und Vermittler zwischen den USA und Iran noch einen Durchbruch bei den Verhandlungen verkündet.

Am 04. März in Wien sagte Rafael Grossi, Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation: „Wir sehen kein strukturiertes Programm zur Herstellung von Atomwaffen."

Zu der aktuellen Kriegsführung von Israel und den USA sagte der ehemalige Oberst der US-Armee Lawrence Wilkerson am 10. März: „Diese US-Regierung hat in den letzten Tagen mehr Kriegsverbrechen begangen als irgendein anderes Land seit Adolf Hitler [...]"

Dieser Krieg gehört in eine lange Reihe von Kriegen: Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Zerstörung des Gazastreifens, die Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro usw.

Alle diese Kriege hatten ein Ziel, die Zerstörung von Staaten oder die Etablierung prowestlicher Regime.

Israel und die USA verfolgen zwar unterschiedlichen Ziele, aber beide passen zueinander: Die aktuelle, in Teilen faschistische Regierung, Israels sieht eine einmalige Chance, mithilfe der USA ihr Ziel eines „Großisraels" zu verwirklichen.

Die Voraussetzung dafür ist die Zerstörung des Nahen Ostens, um das eigene Staatsgebiet entsprechend zu erweitern.

Die USA sehen den Nahen Osten und den Iran als Schlüssel zur Kontrolle der weltweiten Energieströme und damit eine Voraussetzung, um den Aufstieg Chinas zu verhindern oder zu bremsen.

Die Bundesregierung ist bei all diesen Verbrechen ein treuer Vasall der USA. Die BRD ist neben den USA der größte Waffenlieferant von Israel.

Es soll keiner behaupten, Deutschland hätte mit den Morden, den Verbrechen und dem systematischen Bruch des Völkerrechts nichts zu tun.

In diesem Sinne gilt das alte Wort von Karl Liebknecht: Der Feind steht im eigenen Land!

Henning Mächerle

GSF-Wahlkampf / Ostermarsch S. 2
Kurz und Gießen / Vormaifeier S. 3
Frauenkampftag / Warnstreik am UKGM S. 4
Arbeitet Gießen zu wenig? / 40 Jahre Tschernobyl S. 5
Feindbild Russland S. 6
Kriegstüchtigkeit / Kuba S. 7

Nein zur Wehrpflicht!
Unsere Kinder kriegt ihr nicht!

Für Frieden und Sozialismus!

Wahlkampf ist keine Frage des Geldes, sondern der Überzeugung

Das Wahlbündnis Gießen – sozial und friedenstüchtig (GSF) blickt auf ein starkes Ergebnis bei den Kommunalwahlen in Gießen zurück. Den engagierten Wahlkampf der 22 Kandidatinnen und Kandidaten betrachten wir als beachtlichen politischen Erfolg. Der Spitzenkandidatin Martina Lennartz (DKP) gelang so zum dritten Mal in Folge der Einzug ins Stadtparlament.

Dieses Resultat ist umso bedeutsamer, als die Bedingungen des Wahlkampfes ungünstig waren. Im Wettbewerb mit finanzstarken Kräften verfügte GSF weder über wohlhabende Sponsoren noch über einen bürgerlichen Medienapparat. Finanziert allein durch Spenden und Eigenmittel (Budget nur 4.500 Euro) organisierten wir eine wirkungsvolle Kampagne. In fünf Wochen gelang es uns über 40.000 Flyer zu verteilen und 600 Plakate im Stadtgebiet anzubringen.

GSF war auch in außerparlamentarischen Kämpfen präsent: Redebeiträge auf sieben Demonstrationen, Organisation politischer Veranstaltungen wie eines Kneipengesprächs, einer Fahrradtour durch Gießen sowie Vorträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, etwa zu Wilhelm Liebknecht. Auf vier Podiumsdiskussionen vertrat das Bündnis seine Positionen offensiv.

Unsere Aktivitäten fanden Resonanz in lokalen und überregionalen Medien. Zehn Infostände im Seltersweg bildeten einen Schwerpunkt der politischen Agitation. Mit Musik, Kaffee, Gesprächen und einem Mahnmal gegen Militarisierung – einem Skelett mit Bundeswehrhelm – fanden wir den Kontakt zur Bevölkerung.

Es gelang Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen und die politische Basis zu erweitern. Unsere Stärke liegt in den Menschen, in den Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen, die solidarisch zusammenstehen und handeln. Die Erfahrungen dieses Wahlkampfes bestätigen eine zentrale Erkenntnis des wissenschaftlichen Sozialismus: Politische Wirksamkeit entspringt nicht dem Kapital, sondern der organisierten Kraft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Die DKP Gießen wird daher weiterhin das Wahlbündnis unterstützen und den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen: für eine soziale, friedliche und solidarische Entwicklung in Gießen – im Interesse der arbeitenden Bevölkerung und im Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals.

Martina Lennartz

Ostermarsch 2026

Beim diesjährigen Ostermarsch wollen wir mit der ganzen Bandbreite friedenspolitischer Aktivitäten und spezifischen Forderungen an die Bundesregierung präsent sein, um damit auch große Teile der Bevölkerung für ihre elementaren Interessen zu sensibilisieren und mobilisieren.

Wir fordern:

- **Friedensfähig statt erstschlagfähig!** Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen mit Wiesbaden als Einsatzzentrale. Abzug aller Mittelstreckenwaffen aus Europa. Für eine neue internationale Sicherheitsarchitektur.
- **Abrüstung statt Sozialabbau!** Kein Ruin der öffentlichen Daseinsvorsorge und des Sozialstaates durch exzessive Rüstungsausgaben.
- **Diplomatie statt Militarisierung!** Das Friedensgebot von Grundgesetz und Hessischer Verfassung zugrunde legen statt „Wehrpflicht“, Repression und Kriegsvorbereitung. Für diplomatische Initiativen Deutschlands zur Beendigung des Ukrainekrieges. Unterstützung für die Menschen, die sich der Kriegsmaschinerie verweigern und Widerstand leisten.
- **Sozial-ökologischer Umbau statt Rüstungsindustrie!** Straßenbahnen statt Panzer. Keine Waffenexporte in Kriegsgebiete.
- **Internationale Solidarität und Völkerrecht!** Stopp des Genozids an den Palästinensern. Solidarität mit der Bevölkerung aller Länder, die von Aggressionen betroffen sind.

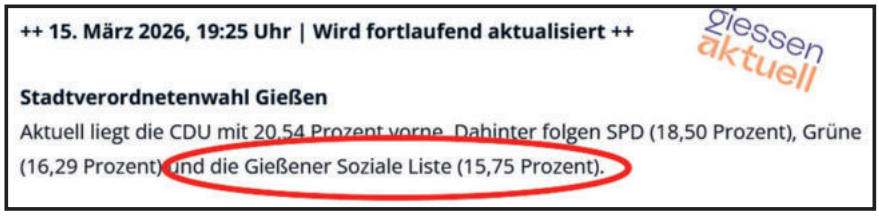
Sa. 4.4. ab 11 Uhr: Ostermarsch – Kundgebung am Hiroshimaplatz/ Katharinengasse, Gießen.
Ostermontag. 6.4. um 9 Uhr: Ostermarsch in Frankfurt – Treffpunkt zur Anreise: Bahnhof GI

Kurz und Gießen

Kall, mei Drobbe!

Klaus Dieter Greilich (FDP) am 3.3. (vierter von rechts) während der Podiumsdiskussion vom Friedensnetzwerk Gießen: **"Der Russe wird in drei Jahren nach Deutschland kommen."** Gerne wird sich GSF bemühen, eine Freikarte für Herr Greilich für das Bolschoi-Balett zu organisieren, wenn es in Deutschland auftritt.

Die Wahlberichterstattung der Stadt Gießen war zeitweise etwas konfus. Die Gruppe "Gießen sozial" gab es nicht, hätte aber das Ergebnis verdient.
(Bild aus: www.gießen-aktuell.de)



++ 15. März 2026, 19:25 Uhr | Wird fortlaufend aktualisiert ++

giessen aktuell

Stadtverordnetenwahl Gießen

Aktuell liegt die CDU mit 20,54 Prozent vorne. Dahinter folgen SPD (18,50 Prozent), Grüne (16,29 Prozent) und die Gießener Soziale Liste (15,75 Prozent).

Je größer die Plakate desto nichtssagender die Aussage

"Hand in Hand – Stadt und Land" (FW), "Mehr erreichen auf allen Wegen" und "Gemeinsam geht´s" (Die Grünen), "Damit unser Gießen wieder funktioniert" (FDP) – Slogans ohne konkrete Aussagen bestimmten den Wahlkampf zur Kommunalwahl im März 2026 in Gießen.

Vormaifeier der DKP Gießen mit Kai Degenhardt

"Er zählt zu den profiliertesten politischen Liedermachern deutscher Provenienz, der in seiner künstlerischen Arbeit eine klare antifaschistische Haltung einnimmt und dabei selbstverständlich auf das konkret Gesellschaftliche und die darin wirkenden Herrschaftsverhältnisse Bezug nimmt. Kai Degenhardt zeigt auf, dass ein Sich-Abfinden und -Einrichten in den von äußeren und inneren Zeitenwenden geprägten, dabei immer autoritärer, fremdenfeindlicher und brutaler sich ausformenden, deutschen Zuständen keine Option ist.

Seine Karriere startete der in Hamburg lebende Musiker Ende der 1980er-Jahre als musikalischer Begleiter und Produzent seines Vaters, dem 2011 verstorbenen Liedermacher Franz Josef Degenhardt.

Er hat seitdem acht eigene Alben als Solo-Künstler veröffentlicht. Im Jahr 2023 erschien von ihm im Papyrossa-Verlag: „Wessen Morgen ist der Morgen“ – ein Sachbuch über die Geschichte des Arbeiterlieds.

In seinem aktuellen Programm wird Kai Degenhardt nicht nur Stücke des im Frühjahr erscheinenden neuen Albums „Zwischen Tellerrand und Horizont“ spielen. Es werden auch ein paar ältere, solche aus der Liederkiste der linken Bewegung und sicher auch einige Songs aus dem Werk seines Vaters auf der Setliste stehen.

Man spürt, dass da einer der ganz wenigen zeitgenössischen Vertreter singt, die in diese Tradition des literarisch anspruchsvollen Chansons gehören, welche mit Namen wie Wedekind, Tucholsky, Georges Brassens, Fabrizio De André und natürlich Franz Josef Degenhardt verbunden ist.

„...Kai Degenhardt ist einer der wenigen Liedermacher seiner Generation, der sowohl mit einer klaren politischen Position als auch mit musikalischen Ideen aufwarten kann.“ (Jazzthetik)

Mi. 29.4. um 19 Uhr:
Vormaifeier der DKP Gießen – Chamäleon, Reichensand 9

Der Internationale Frauentag ist ein Tag des Kampfes und der internationalen Solidarität

Dieser Tag entstand nicht aus Symbolpolitik, er wurde erkämpft – von Frauen, die sich gegen Ausbeutung, Armut und politische Entrechtung erhoben. Wir leben in einer Zeit multipler Krisen. Kriege, soziale Unsicherheit, steigende Lebenshaltungskosten, Wohnungsnot und zunehmende Militarisierung prägen unsere Realität. Milliarden werden in Rüstung investiert, während in Krankenhäusern Personal fehlt, Kitas überlastet sind und soziale Infrastruktur unter Druck gerät. Das erklärte Martina Lennartz (DKP) auf der Auftaktkundgebung zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März in Gießen. Dort sprach sie für das Wahlbündnis „Gießen – sozial und friedenstüchtig“ (GSF). Zweihundert Menschen hatten sich zur Demonstration auf dem Rathausplatz eingefunden.

Martina Lennartz beim Frauenkampftag am 7.3.2026 in Gießen

Der Demozug war bunt mit vielen Bannern, Schildern, Fahnen und einem roten Block. Vor allem war er laut und kämpferisch. Parolen wie „8. März heißt Widerstand – Frauen kämpfen Hand in Hand“, „Feuer und Flamme dem Patriarchat, der größte Zuhälter ist der Staat“ und „Frauen kämpfen international gegen Sexismus, Krieg und Kapital“ hallten durch die Straßen.

Eine Rednerin der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Gießen (ARAG) sagte, der Feminismus sei heute in aller Munde. Ob in Werbespots großer Konzerne, in Imagekampagnen internationaler Unternehmen, auf T-Shirts verschiedener Modeketten oder in Hochglanzkampagnen zum Weltfrauentag – überall „Feminismus“. Das könnte ein idyllischer Zustand sein, wenn dieser Feminismus nicht zur inhaltslosen Ramschware verkomme und gegen die Interessen der Frauen- und Arbeiterbewegung instrumentalisiert werde. Die schlimmste Schweinerei sei ein Feminismus, der missbraucht werde, um die Barbarei des Militarismus zu legitimieren.

Einig waren sich alle Rednerinnen, auch der KP (Kommunistische Partei), der Palästina Solidarität Gießen, eine Genossin des kurdischen Frauenrats und eine des Internationalen Jungendverbands (IJV), dass wir mit Entschiedenheit für eine klassenlose Gesellschaft kämpfen müssen, in der das Patriarchat begraben wird und alle Menschen ein freies Leben in Frieden führen können.

Musikalisch unterstützt wurde der Zug vom Chor der Solidarität Gießen. Der sang unter anderem „Brot und Rosen“, und am Ende mit allen Teilnehmern gemeinsam weithin hörbar die „Internationale“.

Worauf warten? Organisieren wir uns jetzt – gegen Patriarchat, Krieg und Kapital!

Martina Lennartz

Warnstreik am Uniklinikum

Am 17. und 18. März beteiligten sich einige hundert Beschäftigte des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) an einem Warnstreik im Rahmen der Tarifverhandlungen mit der Rhön AG, der Betreiberin der Kliniken. Davor hatten die ver.di-Mitglieder am UKGM diskutiert. Sie einigten sich auf eine Forderung von mindestens 400 Euro mehr pro Monat und die Erhöhung der Wechselschichtzulage auf 250 Euro monatlich. Im Gegensatz zu früheren Tarifverhandlungen legte die Geschäftsführung schon vor Beginn der Verhandlungen ein Angebot vor: 5,8% mehr – allerdings verteilt auf 2,5 Jahre. Die Beschäftigten lehnten dies als völlig unzureichend ab. Die Geschäftsführung verwies auf die angeblich schwierige Lage der Kliniken wegen der laufenden Krankenhausreform. Diese Lage hindert die Rhön AG allerdings nicht daran, jedes Jahr über 100 Mio. Euro Dividenden an Aktionäre auszuschütten. Erarbeitet wurde dieses Geld vom Klinikpersonal, nicht von den Managern. Die Beschäftigten sind weiterhin zum Streik bereit – Genossen der DKP waren mit Plakaten vor Ort und zeigten sich solidarisch.

Eine Woche nach den Warnstreiks zeigte sich, dass sich Streiks und Kampfbereitschaft lohnen. Die Gewerkschaft ver.di konnte einen Tarifvertrag abschließen, der deutlich über dem ersten Angebot des UKGM liegt. Ab 1. Mai erhalten alle Beschäftigten 4% mehr, mindestens 110 Euro in den oberen und 125 Euro pro Monat in den unteren Gehaltsgruppen. Ab 1.Mai 2027 nochmal 2,5%, mindestens 100 Euro mehr. Auch die Schichtzulage und die Zulagen für Hebammen werden erhöht. Bestehen bleibt für die Belegschaft die Aufgabe, weiterhin für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Gernot Linhart

Arbeitet Gießen zu wenig?

Bundeskanzler Friedrich Merz kritisierte letztens die Arbeitsmoral in diesem Land. Mit der aktuellen Arbeitszeit ließe sich der deutsche Wohlstand nicht aufrechterhalten. Die Leute seien zu häufig krank und zu viele arbeiteten in Teilzeit, so die Aussage des ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der deutschen Tochtergesellschaft von BlackRock.

Merz vermittelte damit den Eindruck, es gebe genügend Arbeit, aber nicht genügend Arbeitskraft, diese zu erledigen.

Die Realität im Landkreis Gießen ist jedoch eine andere. Die Arbeitslosenzahlen vom Februar 2026 sind nur minimal niedriger als die aus dem Januar. Zum Jahresbeginn waren sie im Vorjahresvergleich jedoch deutlich angestiegen. Größere Industriebetriebe in der Region schließen ihre Werke, und es kommt wie bei Buderus Edelstahl oder Continental in Wetzlar zu Massenentlassungen.

Spreche ich mit Menschen, die hier in der Region arbeiten, vermitteln die meisten ein ähnliches Bild: Die Personaldichte ist zu niedrig, egal ob in der Pflege, Bildung oder der „freien Wirtschaft“. Engpässe in der Personalplanung müssen immer wieder von den ohnehin stark belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeglichen werden, viele schieben regelmäßig Überstunden.

Der Wohlstand, den Merz erhalten will, ist wie immer der Wohlstand der Eigentümer und Investoren der Wirtschaft. Reallöhne stagnieren und die Profite der Banken und Konzerne steigen. Diejenigen von uns, die eine Anstellung haben, sollen mehr arbeiten, während andere schon nach der Ausbildung keinen Job finden. Die Arbeitsbedingungen unter den kapitalistischen Verhältnissen verschärfen sich.

Wir als DKP kämpfen für eine Wirtschaft, die sich nach den Interessen der Bevölkerung ausrichtet und die nicht Profitmaximierung der Kapitalisten als Ziel hat. Wir wollen eine Gesellschaft, die das Gemeinwohl fördert und nicht den Wohlstand weniger Reicher. Wir möchten eine Arbeitsmoral, in der jeder nach seinen Fähigkeiten und Interessen arbeiten kann.

Für eine Regierung aus Arbeitern statt aus Managern! MaLa

40 Jahre Tschernobyl, 15 Jahre Fukushima – Kernenergie bleibt gefährlich

Vor 40 Jahren explodierte ein Kernreaktor in Tschernobyl, vor 15 Jahren folgten drei Reaktoren in Fukushima. Hunderttausende Menschen mussten evakuiert werden, große Gebiete bleiben unbewohnbar. In den Ruinen liegen seit der Kernschmelze immer noch die heißen und extrem strahlenden Reste der Brennstäbe. Auch in den nächsten Jahrzehnten wird es nicht möglich sein, dieses Material zu bergen.

Trotzdem halten Politiker vieler Staaten an der Nutzung der Kernenergie fest. Eine sogenannte vierte Generation von Reaktoren soll angeblich viel sicherer sein und viel weniger radioaktive Abfälle produzieren. Bei genauerer Betrachtung stellt sich heraus, dass diese Entwicklungen auf Bauplänen beruhen, welche in den Anfangsjahren der Reaktorentwicklung als unbrauchbar verworfen wurden. Ohne Kernspaltung gibt es keine Kernenergie. Bei der Kernspaltung entstehen hoch radioaktive Spaltprodukte mit zum Teil sehr langen Halbwertszeiten. Welche Nuklide entstehen, lässt sich nicht beeinflussen.

Behauptet wird, man könne neuartige Reaktoren mit Atommüll betreiben. Daran stimmt, dass man mit sehr hohem Aufwand aus dem Atommüll einige Stoffe wie Uran, Plutonium, Americium und Neptunium herauslösen kann. Diese kann man, mit Uran gemischt, zu Brennelementen verarbeiten. Der größte Teil der Radioaktivität, die Spaltprodukte, bleibt aber übrig. Für diese gibt es bis jetzt kein Endlager, und das wird in den nächsten Jahrzehnten so bleiben.

Es gab schon immer einen engen Zusammenhang zwischen der „friedlichen Nutzung“ der Kernenergie und dem Bau von Atombomben. Das dürfte der wichtigste Grund für Politiker sein, an dieser nachweislich unwirtschaftlichen Form der Energiegewinnung festzuhalten. Unser Ziel muss bleiben: **Atomwaffen verbieten, Kernreaktoren abschalten!** Gernot Linhart

Mi. 22.4. um 19 Uhr:
40 Jahre Tschernobyl und die Kernkraft – Vortrag und Diskussion mit Gernot Linhart; Veranstaltung im Rahmen der Kritischen Einführungswoche – Kaschemme, Sudetenlandstr. 1

Feindbild Russland – ein altes Lügenmärchen

„Russland wird für immer unser Feind bleiben“ – das behauptete der CDU-Politiker Linnemann. Kaum jemand aus CDU, SPD und FDP widersprach. In der Geschichte gibt es allerdings keinen Beleg für diese Behauptung. Russland bzw. die Sowjetunion hat niemals Deutschland zum Feind erklärt oder feindliche Aktionen gegen Deutschland unternommen. Deutsche Wissenschaft und Kultur wurden in Russland stets hoch geachtet. Fast jeder Russe kennt deutsche Literatur, oft besser als viele Deutsche. Deutschland hingegen begann im 20. Jahrhundert zweimal einen Krieg gegen Russland, 1914 mit der Behauptung „Mitten im Frieden überfällt uns der Feind“, 1941 mit der Behauptung, ein Angriff Russlands stände unmittelbar bevor. Lügen.

Nach dem 2. Weltkrieg vereinbarten Sowjetunion und Westmächte in Potsdam, dass Deutschland entwaffnet wird und nie wieder kriegsfähig werden sollte. Kurz darauf wurde die BRD aufgerüstet und bekam eine Armee, die eindeutig gegen die Sowjetunion gerichtet war. 1990 ermöglichte die Sowjetunion mit dem 2+4-Vetrag die Eingliederung der DDR in die BRD und zog freiwillig ihre Armee aus dem Gebiet der DDR ab. Deutschland verpflichtete sich, dass von seinem Gebiet nie wieder Krieg ausgehen sollte und niemals feindliche Aktionen gegen die Sowjetunion bzw. Russland unternommen würden. Ein paar Jahre später beteiligte sich Deutschland an der militärischen Zerschlagung Jugoslawiens. Deutschland stimmte der NATO-Osterweiterung und damit der militärischen Einkreisung Russlands zu.

Bis etwa 2010 versuchte die russische Regierung, an ein von Gorbatschow erträumtes „Gemeinsames Haus Europa“ anzuknüpfen und forderte wiederholt Verhandlungen über ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem.

Nach dem Maidan-Putsch 2014 in Kiew sollte gemäß des Abkommens von Minsk die ultranationalistische Regierung der Ukraine mit den ostukrainischen Separatisten verhandeln. Kiew begann statt Verhandlungen einen Krieg gegen die damals noch zum eigenen Staat gehörenden Gebiete. 14.000 Bewohner der Ostukraine wurden getötet – bevor 2022 die russischen Streitkräfte eingriffen und der bis jetzt andauernde Stellvertreterkrieg NATO gegen Russland begann.

Die russische Regierung hat mit ihren historischen Erfahrungen keinen Grund, Deutschland und der NATO auch nur das geringste Vertrauen zu schenken. Nur Verhandlungen ohne Vorbedingungen könnten den schon viel zu lange andauernden Krieg in der Ukraine beenden.

Gernot Linhart

Leserbrief: Teilhabe ist Menschenrecht

„Eine Gesellschaft, die behinderte Menschen aller Art nicht als natürlichen Teil ihrer selbst zu achten und zu behandeln weiß, spricht sich selbst das Urteil.“ (Gustav Heinemann, Ex-Bundespräsident)

Die UN - Behinderten-Konvention (UN-BKK) ist der Grundpfeiler der Inklusion. Daran ist nicht zu rütteln. Inklusion muss in KiTa und Schule stattfinden. Im engen Zusammenhang mit der Teilhabe sind Inklusion mit den Zielen eine Schule und Kita für alle. Sie geht von der UNESCO aus. Das Teilhabegesetz existiert seit 2016. Es soll die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen und befördern. Es ist im neunten Buch des Sozialgesetzbuches verankert - daran ist nicht zu rütteln. Deshalb darf die Reform des Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) auch keine Schlupflöcher durch schwammige Formulierungen enthalten.

Die Rechte behinderter Menschen durch fragwürdige Debatten infrage zu stellen oder zu relativieren, ist einer Solidargemeinschaft wie unserer freiheitlichen Demokratie unwürdig. Schließlich ist nach Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes die Würde des Menschen unantastbar. Wie heißt es dort? „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt.“ Und dazu zählt auch das Recht auf Chancengleichheit, Selbstbestimmung und Teilhabe eines jeden Menschen, egal, ob behindert oder nicht. Die Würde des Menschen hat eine existenzielle Bedeutung. Nach Jean Améry ist Würdeentzug ein „potenzieller Lebensentzug“ (vgl. Jean Améry, Jenseits von Schuld und Sühne). So ist Würde ein Recht auf Leben.

Uwe Moldenhauer

Wir werden bedroht und müssen kriegstüchtig werden!

„Der Putin“ will die friedliche, freiheitsliebende, demokratische Ukraine einnehmen! Mordend und vergewaltigend ziehen seine Horden gen Westen. Ältere Leser erinnern sich vielleicht, Russen sind notorische Vergewaltiger. Diese Narrative hat nämlich schon Goebbels verwendet. Aber wie steht es denn nun tatsächlich um den Marsch westwärts?

Das russische BIP im Jahr 2024 lag bei 2,17 Billionen US-Dollar, das der EU-Staaten um den Faktor neun höher. Das Militärbudget Russlands lag 2024 bei ca. 149 Mrd. USD, das der EU-Staaten plus Großbritannien um Faktor 3-4 höher. Beim Bestand an verschiedenem Kriegsgerät liegt Russland bei manchen Systemen vorn. Vieles davon stammt allerdings noch aus sowjetischer Zeit, ist völlig veraltet und häufig nicht mehr einsatzfähig. Das zeigte sich im aktuellen Ukrainekonflikt, in dem Russland jeden kleinen Geländegewinn trotz großer zahlenmäßiger Überlegenheit langsam und verlustreich erkämpfen muss. Und das trotz der russischen Wunderwaffen, über die unsere Medien sagenhafte Dinge berichten. Die NATO, auch der europäische Teil allein, ist Russland fast in sämtlichen Belangen mindestens ebenbürtig, häufig weit überlegen, mit reichlich Atomwaffen bestückt. Aus Sicht Russlands wäre ein Angriff auf NATO- und EU-Europa, selbst wenn die USA garantieren, sich herauszuhalten, schlicht Wahnsinn.

Aus dieser Faktenlage eine russische Bedrohung herbeizulügen, kann nur als propagandistische Meisterleistung angesehen werden. Die Lüge zu glauben setzt allerdings ein fest verankertes Feindbild voraus.

Michael Drees

Kuba – für die Menschen wird es eng

Seit 1962 befindet sich der karibische Inselstaat Kuba im Belagerungszustand, Zugang zu Welthandel und Kapitalmarkt sind weitgehend blockiert, weil die Kubaner sich erdreisteten, einen sozialistischen Staat zu errichten. Kein Verbrechen wurde seitdem unversucht gelassen, um den jungen Staat zu zerstören und durch ein neues Marionettenregime zu ersetzen. Lediglich von einer Invasion mit regulären Truppen sahen die USA bislang ab, wohl wegen zu ungünstiger Kosten-Nutzen-Relation.

Bis zu ihrer Zerstörung 1990 verbesserten die RGW-Staaten (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe), allen voran die UdSSR, die Situation durch Handel und Öllieferungen und ermöglichten Kuba einen bescheidenen Wirtschaftsaufbau: Bildungs- und Gesundheitswesen mit Vorbildcharakter, touristische Infrastruktur, die Devisen erwirtschaftet.

Das Ende der UdSSR 1990 verschärfte die Lage erheblich, doch konnte immerhin das Erreichte weitgehend bewahrt werden.

Die zweite Amtszeit von US-Präsident Trump brachte jedoch eine massive Verschärfung des Wirtschaftskriegs. Erklärtes Ziel ist es, die Bevölkerung in Hunger und Elend zu stürzen, um sie gegen ihren Staat aufzubringen. Leid und Tod werden in Kauf genommen, der Tourismus als eine der wichtigsten Einnahmequellen soll zum Erliegen kommen. Von Invasion und Übernahme ist die Rede. Das Kapital geht über Leichen.

Winzige Lichtblicke gibt es. Kuba fördert den Ausbau von Photovoltaik (PV), um die Stromversorgung, die nur noch 40% des Bedarfs decken kann, wenigstens punktuell zu stabilisieren. Denn planmäßige Abschaltungen und großflächige Ausfälle sind die Regel. Ein Genosse aus dem Landkreis (Name der Red. bekannt) betreibt zusammen mit Einheimischen ein Start-up, das PV-Anlagen, vornehmlich für netzunabhängigen Betrieb teils mit Batteriepufferung, errichtet. Nationale und internationale Organisationen führen Hilfstransporte durch. Die VR China hat Hilfe zugesagt, Russland will zwei Öltanker losgeschickt haben.

Wir rufen zu Solidarität und Hilfe auf, jede Hand und jeder Euro werden gebraucht. Venceremos!

Michael Drees

Spenden für Kuba

Konto: DKP Kreisorganisation, Giessen **Betreff:** Solaranlage, **IBAN:** DE72 5135 0025 0200 5491 46

Termine

Fragen oder Anmeldungen an *giessen@dkp.de*

Sa. 4.4. ab 11 Uhr:
Ostermarsch – Kundgebung des Friedensnetzwerks Gießen; Hiroshimaplatz/Katharinengasse

Ostermontag. 6.4. um 9 Uhr:
Ostermarsch in Frankfurt – Treffpunkt zur Anreise: Bhf. GI

Mi. 15.4. ab 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung (KDV) – Kaschemme, Sudetenlandstr. 1

Mi. 15.4. um 19 Uhr:
Gruppenabend DKP Gießen – Kaschemme, Sudetenlandstr. 1

Fr. 17.4.:
Redaktionsschluss Mai-Echo

Mi. 22.4. um 19 Uhr:
40 Jahre Tschernobyl und die Kernkraft – Vortrag und Diskussion mit Gernot Linhart; Veranstaltung im Rahmen der Kritischen Einführungswoche – Kaschemme, Sudetenlandstr. 1

Fr. 24.4. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI – Chamäleon, Reichensand 9

Sa. 25.4. um 17 Uhr:
1525 – 500 Jahre deutscher Bauernkrieg; Feier mit wundersamen Darbietungen, erlesenen Gästen und ZeitzeugInnen (größtenteils tot) – Anschlussverwendung, Grünberger Str. 22

Mo. 27.4. um 18 Uhr:
GSF Treffen GSF – Chamäleon, Reichensand 9

Mi. 29.4. um 17:30 Uhr:
Beratung zur Kriegsdienstverweigerung (KDV) – Ort bitte erfragen

Mi. 29.4. ab 19 Uhr:
Vormaifeier der DKP GI mit Kai Degenhardt – Chamäleon, Reichensand 9 – siehe Seite 3

Sa. 2.5. ab 10:30 Uhr:
Infostand DKP Gießen – Kugelbrunnen

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** fand in Gießen ein Strafprozess gegen acht ehemalige Angehörige der Gestapo statt. Im Laufe der Verhandlungen wurden viele in Polen begangene grausame Taten erörtert, die eigentlich zu einer Verurteilung wegen Mordes hätten führen müssen. Am Ende des Prozesses forderte nur der Vertreter der Nebenkläger, der damals sehr bekannte Anwalt Kaul aus der DDR, das für Mord vorgesehene Urteil „lebenslänglich". Das Gericht dagegen stellte für einen Angeklagten den Prozess ein und sprach einen anderen frei. Die restlichen erhielten milde Strafen von einigen Jahren Haft.

☆

Vor **40 Jahren** kam bei einer Betriebsprüfung bei der Firma Heyco durch das Gewerbeaufsichtsamt heraus, dass dort systematisch das Arbeitszeitgesetz nicht eingehalten wurde. Es gab sogar von Vorgesetzten angeordnete Doppelschichten. Die für diese Verstöße verhängten Bußgelder konnte der Betrieb aus der *Portokasse* bezahlen.

☆

Vor **30 Jahren** kam es auf dem Kirchenplatz zu einem massiven Polizeieinsatz gegen kurdische Teilnehmer einer Newrozfeier. 600 mit Helm, Schild und Gummiknüppel ausgerüstete Polizisten kesselten drei Stunden lang 120 friedlich feiernde Kurden ein, darunter Frauen, Jugendliche und Kinder. Anschließend wurden alle Teilnehmer einzeln gewaltsam abgeführt. Im gleichen Jahr hatte die Polizei in Gießen und Wetzlar Aufmärsche von Neonazis vor Gegendemonstranten geschützt.

☆

Vor **20 Jahren** wurde Michael Beltz als erster Kommunist seit 50 Jahren ins Stadtparlament gewählt. Gemeinsam mit drei anderen Kandidatinnen und Kandidaten eines linken Bündnisses bildete er eine Fraktion, die linke Forderungen und Kritik einbrachte.

☆

Vor **10 Jahren** demonstrierten 400 Schüler, Lehrer und Eltern für „Chancengleichheit und gute Bildung". Sie kritisierten vor allem die schlechte Ausstattung von Schulen und mangelhafte Rahmenbedingungen in Gesamtschulen und bei der Inklusion.

NEIN ZUR WEHRPFLICHT!

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an: Gießener Echo / DKP Gießen Postfach 110340, 35348 Gießen oder E-Mail: ***giessen@dkp.de***
Internet: ***www.giessen.dkp.de***

Mach mit! Werde Mitglied in der DKP oder SDAJ